

Sitzung des NÖ Landtages

Aktuelle Stunde zu Beginn

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Mag. Karl Wilfing zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde der von Präsident Wilfing präsentierte Vorschlag für einen Zusatz zur Redezeitkontingentierung (Redezeit der FP: 15 Einheiten bzw. Aktuelle Stunde ebenfalls 15 Einheiten, Redezeit des fraktionslosen Abgeordneten: 3 Einheiten bzw. pro Aktuelle Stunde 5 Einheiten) ohne Debatte einstimmig angenommen.

Infolge wurde eine Aktuelle Stunde zum Thema „**1. November 2019 – Trauertag für die Gastronomie und Ende der Selbstbestimmung**“ abgehalten, nachdem der Antrag zur Abhaltung derselben zu Beginn der Sitzung einstimmig angenommen wurde.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP) legte die Meinung der Antragssteller dar: Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Rechtssicherheit würden bewusst mit „Füßen getreten“. Es gehe um eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft. Die Wirte würden entmündigt und durch eine hohe Strafandrohung kriminalisiert. Das neue Gesetz betreffe auch Vereinsräume für interne Aktivitäten. Es sei unsinnig, dass es zwar für Mitarbeiter, nicht aber für Gäste Raucherräume geben dürfe. Die „unternehmerfeindliche Politik“ sei einzigartig und vernichte bis zu 10.000 Arbeitsplätze. Die FP lebe Wirtshauskultur, die anderen Parteien eine „Verbotkultur“.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) sprach von „Theaterdonner und dem Trommeln immer gleicher Inhalte“. In Österreich gebe es pro Jahr 1.000 Tote durch Passivrauchen. Es gehe um den Schutz von Menschen, das Zauberwort sei Evidenz. Die jahrelangen Halblösungen seien tatsächlich kein Ruhmesblatt. Die FP meine Klientelpolitik und nicht Selbstbestimmung. Nach Immanuel Kant ende die Freiheit des Einen dort, wo jene des Anderen beginne.

Der fraktionslose Abgeordnete Ing. Martin Huber sagte, Trauertag sei der 1. November nicht nur für die Gastronomen, sondern auch für die Vereine, Blaulichtorganisationen und viele Freiwillige. Gerade die Dorfwirtshäuser seien ja Kommunikationszentren. Ihnen würden jetzt mit einem „Husch-Pfusch-Gesetz“ Prügel vor die Füße geworfen.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) betonte, die „Ibiza-Partie“ habe dafür gesorgt, dass es in dieser Materie noch immer keine Rechtssicherheit gebe. Er vermute einen Zusammenhang zwischen dieser Art der Politik und dem letzten Wahlergebnis.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) führte aus, die „faktenbefreite Politik“ der FP sei ätzend und mache sich über einen wichtigen Aspekt der Gesundheitspolitik lustig. Es sei höchste Zeit für das Inkrafttreten des Nichtrauchergesetzes.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) meinte, die FP stehe für anständige und vernünftige Gesetze im Dienste der Bevölkerung. Rauchen sei zweifellos ungesund, das seien aber Alkohol und Zucker auch. Würden jetzt als nächstes Wiener Schnitzel, Bier und Apfelstrudel verboten? Die heute noch gültige Lösung sei eine sehr gute. Die VP sei auf Druck der Linken „Totengräber“ der Wirtshauskultur.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) erinnerte an die ignorierten hunderttausenden Stimmen des Volksbegehrens und die Absichtserklärungen der FP in Bezug auf direkte Demokratie. Damals hätte man einen Kompromiss finden und gemeinsam diskutieren können.

Abgeordneter Christoph Kainz (VP) sagte, das Stimmungsbild in der Gesellschaft zum Thema „Nichtrauchen“ habe sich verändert. Mit der jetzigen Lösung gebe es endlich Rechtssicherheit. Niederösterreich stehe zu seiner Wirtshauskultur.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) meinte, man hätte auch eine Volksabstimmung zu diesem Thema abhalten können. Tausende Menschen seien in ihrer Existenz bedroht. Seine Fraktion stehe hinter den Wirten und werde gegen dieses radikale Rauchverbot kämpfen.

Abgeordneter Anton Kasser (VP) berichtete zu einer Vorlage betreffend **Hochschulstrategie Niederösterreich 2025**.

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) führte aus, die Akademikerquote in Österreich sei sehr bescheiden. Der tertiäre Bildungsbereich spiele eine große Rolle bei der Entwicklung des Landes. Die Hochschule sollte mit Wirtschaft und Gesellschaft vernetzt werden. Viele Kinder in Österreich würden ihre Talente nicht entfalten. Ein wesentlicher Schlüssel sei die Elementarpädagogik. Der Kindergarten sei die erste Bildungseinrichtung. Sie brachte gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen Resolutionsantrag betreffend „jährliche Berichtspflicht zur Hochschulstrategie Niederösterreich 2025“ ein.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) hielt fest, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Die Hochschulstrategie erkenne Niederösterreich als Hochschulstandort an. Die thematische Fokussierung fehle in diesem Papier. In dieser Hochschulstrategie fehle zudem der Fokus auf die Klimastrategie. Die Hochschulen müssten auch stärker in den ländlichen Regionen verankert werden.

Abgeordneter Mag. Reinhard Teufel (FP) sagte, Bildung, Wissenschaft und Forschung würden unserer Jugend eine „hoffnungsvolle Perspektive“ geben. Die hohe Lebensqualität könne man nur dann dauerhaft sicherstellen, wenn es gelinge, hochqualifizierte Menschen im Land zu halten. Insgesamt würden rund 22.000 Personen ein Studium oder eine akademische Ausbildung absolvieren.

Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) meinte, es gehe um Chancen für den Wirtschaftsstandort und um Aus- und Weiterbildung. Der vorliegenden Hochschulstrategie könne die Sozialdemokratie viel abgewinnen. Ein wesentlicher Eckpunkt sei der Ausbau der Fachhochschulen. Sie brachte gemeinsam mit Abgeordneten Samwald einen Resolutionsantrag betreffend Etablierung eines postsekundären und darauf aufbauenden tertiären Bildungsangebots in der Stadtgemeinde Ternitz ein. Weiters brachte sie einen Resolutionsantrag betreffend Etablierung einer öffentlichen Universität in St. Pölten ein.

Abgeordneter Christoph Kaufmann, MAS (VP) erinnerte an den Beginn des tertiären Bildungssektors in Niederösterreich. Heute, 25 Jahre später, präsentiere sich der Bildungsstandort Niederösterreich ganz anders. Es gebe ein reichhaltiges Angebot und eine Vielfalt an tertiären Bildungseinrichtungen mit über 22.000 Studierenden. Beeindruckend sei auch, was an manchen einzelnen Einrichtungen geleistet werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Antrag der Abgeordneten Mag. Collini u. a. stellt laut Präsident Wilfing eine Erweiterung der Berichtspflicht dar. Die Unterstützungsfrage fand keine Mehrheit. Die beiden Resolutionsanträge der Abgeordneten Schindele blieben in der Minderheit.

Abgeordneter Hannes Weninger (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO betreffend **Klima konkret“ – Klimaschutzmaßnahmen in Niederösterreich.**

Laut Abgeordneten Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) sei das Thema Klimaschutz in aller Munde. Gefragt seien konkrete wirksame Maßnahmen, und das möglichst schnell. Dazu gehörten unter anderem die Rücknahme des Tempo 140 auf Autobahnen und weitere Maßnahmen im Bereich der Mobilität. In Österreich würden 75 Prozent der Elektrizität aus erneuerbarer Energie stammen, davon 58 Prozent aus Wasserkraft. Die Wasserkraft sei aber ausgereizt. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen Zusatzantrag ein, der notwendige Schritte fordert, um das niederösterreichische Klimabudget ab dem Voranschlag 2021 wirksam werden zu lassen.

Für Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) gebe es kein brennenderes Thema als die Klimakrise. Dieses Thema sei in allen Bereichen angekommen, und es gehe nun um Maßnahmen. Die Menschen wollten nicht „schöne Worte“, sondern Taten sehen. In den Budgets aller Ressorts gebe es Möglichkeiten und Spielräume für klimarelevante Maßnahmen. In einem **Resolutionsantrag** fordert sie deshalb die Berücksichtigung des Klimaschutzes bei allen Beschlüssen und Vorhaben des Landes.

Abgeordnete Ina Aigner (FP) meinte, der Klimawandel sei längst auch zu einem Geschäft geworden. Zur Initiative „Fridays For Future“ meinte sie, „schulschwänzende

Schülerinnen und Schüler“ würden nur sich selbst schaden. Sie kündigte an, dass ihre Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan–Mayr (SP) erachtet es als notwendig, beim Thema Klimaschutz gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Niederösterreich setze viele klimarelevanten Initiativen und Maßnahmen, das Land motiviere auch die Gemeinden mitzutun. In den Gemeinden würde viel geschehen, es könne aber nie genug sein. Zudem könne jede und jeder Einzelne einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie forderte darüber hinaus den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der aber auch leistbar sein müsse.

Abgeordneter Bernhard Heinreichsberger BA (VP) meinte, Niederösterreich sei mit einer blau-gelben Öko-DNA versehen. Die Materie würde seit Jahrzehnten nachhaltig angegangen. Zwentendorf und Hainburg seien Meilensteine, von der erneuerbaren Energie bis zu „Natur im Garten“ sei Niederösterreich Vorreiter. In Niederösterreich werde das getan, was ein Land aus eigener Kraft für den Klimaschutz tun könne. Niederösterreich rede nicht nur über Klimaschutz, sondern lebe ihn.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) replizierte, sie habe sich nicht über „Natur im Garten“ lustig gemacht. Im Gegenteil sei es etwa in Zwettl ein VP-Bürgermeister gewesen, der sich gegen einen Beitritt ausgesprochen habe.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der FP und des fraktionslosen Abgeordneten mehrheitlich angenommen. Der Zusatzantrag wurde nicht ausreichend unterstützt, der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Die folgenden zwei Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Ing. Manfred Schulz (VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Absicherung der Standorte von Bezirksgerichten und Strategie zur Dezentralisierung zur Stärkung des ländlichen Raumes.**
- **Ausweitung des Schutzes auf Eigentum und Hausrecht.**

Abgeordnete Mag. Indra Collini (Neos) eröffnete die Debatte: Ein moderner Rechtsstaat brauche eine funktionierende und unabhängige Justiz mit einem leistbaren und niederschweligen Zugang zum Recht. Der Bund habe es bis heute verabsäumt, Kriterien für die Standorte festzulegen. Dem zweiten Antrag werde ihre Fraktion auf Grund der indiskutablen Vorgangsweise der VP bei dieser sensiblen Materie nicht zustimmen.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) sagte, im ländlichen Raum sei eine Grundversorgung sehr wichtig. Niemand solle durch das halbe Land fahren müssen, um einen Gerichtstermin wahrnehmen zu können. Um den ländlichen Raum aber wirklich zu stärken, brauche man eine effizientere Kinderbetreuung und einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Demgegenüber sei der Bezirksgerichts-Antrag nur ein „Marketinggag“.

Abgeordneter Gerhard Razborcan (SP) widersprach: Die Schließung von Bezirksgerichten komme immer wieder auf, er freue sich über den Mehrparteiantrag. Mittelfristig stehe in Niederösterreich eine Reduktion auf 14 Bezirksgerichte im Raum. Die Bezirksgerichte seien Servicestellen für die Bevölkerung und stünden für bürgernahe Verwaltung.

Abgeordneter Franz Mold (VP) bezog sich auf das straffreie Eindringen Unbefugter in Wohn- und Betriebsstätten z. B. durch offene Fenster oder mittels nachgemachter Schlüssel. Ebenso gebe es keinen Schutz vor unbefugten Bild- und Tonaufnahmen. Der Schutz von Eigentum müsse oberste Priorität haben, die Hausfriedensbruch-Regelung aus dem Jahr 1974 müsse novelliert werden.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) sprach von einer pikanten Kombination zweier Tagesordnungspunkte. In Wahrheit gehe es bei der Ausweitung des Schutzes auf Eigentum und Hausrechte um die Schweineställe. Die Tiere müssten ordentlich und gesetzeskonform gehalten werden, Missstände seien aufzuzeigen. Zur Rechenschaft zu ziehen seien die Verursacher und nicht die Aufdecker.

Abgeordneter Mag. Reinhard Teufel (FP) betonte die Wichtigkeit einer Standortgarantie für die niederösterreichischen Bezirksgerichte. Der Antrag komme ursprünglich von der FP. Auch der Schutz der Privatsphäre sei ein wichtiges FP-Anliegen. Der umfassende Schutz des Hausrechts müsste eine Selbstverständlichkeit sein.

Dritte Präsidentin Mag. Karin Renner (SP) kündigte Zustimmung an. Sie sehe die Sachlage anders als Abgeordnete Krismer-Huber: Rechtsstaatlichkeit müsse vor Selbstjustiz gehen.

Abgeordneter Ing. Bernhard Ebner (VP) unterstrich, auch Schweineställe seien Eigentum. In Bezug auf die Bezirksgerichte meinte er, es dürfe nicht darauf ankommen, wo jemand wohne. Jeder Bürger müsse den gleichen Zugang zum Recht haben.

Es gehe auch um Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort. Die Schließung von Bezirksgerichten würde gesamtgesellschaftlich mehr kosten als bringen. Weitblick bedeute nicht die Schließung von Bezirksgerichten, sondern es gehe darum zu schauen, wo man Kompetenzen bündeln und Spezialisierung schaffen könne.

Der Antrag betreffend Absicherung der Standorte von Bezirksgerichten und Strategie zur Dezentralisierung zur Stärkung des ländlichen Raumes wurde einstimmig angenommen. Der Antrag betreffend Ausweitung des Schutzes auf Eigentum und Hausrecht wurde mit Stimmen von VP, SP und FP angenommen.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan–Mayr (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO betreffend **Landwirtschaft und Umweltschutz**.

Klubobmann Ing. Martin Huber (fraktionslos) betonte, dass in der Landwirtschaft tätig zu sein, nicht nur ein schöner Beruf, sondern auch einer der wichtigsten Berufe sei. Man müsse wertschätzen, dass der Landwirt der erste Umweltschützer sei. Der Landwirt könne sich heute mit „seiner Händearbeit“ nicht mehr selbst ernähren, die Erlöse für seine Produkte würden nicht mehr zum Leben reichen. Man sei weit entfernt von Selbstversorgungsfähigkeit, Grundnahrungsmittel würden aus weit entfernten Ländern

importiert. Der Landwirt sei es, der seinen Grund und Boden und seine Tiere hege und pflege. Es sei notwendig die Natur und Umwelt zu schützen. Verbote sollten nur dann gemacht werden, wenn man vorher für Alternativen Sorge.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) sagte, Landwirtschaft und Umwelt passten gut zusammen und er bedankte sich bei den Landwirten, die ihre Rolle als Umweltschützer verstehen und Umweltschutz leben. Es brauche eine Öffnung zur Biologisierung und man müsse weg von der Flächenförderung. Ziel sei es, wie schon sein Vorredner gesagt habe, dass der Landwirt von seiner Produktion leben könne. Es sei ein Umdenken in der niederösterreichischen Landwirtschaftspolitik erforderlich – weg von der Industrialisierung hin zur Biologisierung. Dieses Umdenken könne er in diesem Antrag noch nicht in allen Details sehen.

Abgeordnete Dr. Helga Krismer-Huber (Grüne) führte aus, dass das Verbot von Pestiziden und Glyphosat sowie allfällige Notfallszulassungen bereits im Hohen Haus debattiert worden seien. Es sei dennoch wichtig, diese Themen immer wieder zu thematisieren. Man habe ein gewaltiges Artensterben. Insekten etwa kämen massiv unter Druck. Man habe aber noch nicht die richtigen Schlüsse gezogen. Auf der einen Seite müsse man „die Schrauben mittels Verordnungen anziehen“, auf der anderen Seite müsse man sich bewegen ein anderes Programm aufzulegen, also etwa Förderungen für Leistungen, die erbracht werden, zu machen. Es brauche ein neues System.

Abgeordnete Ina Aigner (FP) hielt fest, dass eine sichere und hygienische Wasserversorgung ein wichtiger Beitrag zur Gesundheit und Seuchenvermeidung sei. Zum Erhalt von sauberem Trinkwasser müsse Leitungswasser chemisch aufbereitet werden. In vielen Regionen habe das Leitungswasser an Natürlichkeit und Reinheit verloren. Das Trinkwasser in Österreich gelte als eines der saubersten, es würden jedoch nur die Grenzwerte von 40 verschiedenen Stoffen kontrolliert werden. Das Einhalten der Grenzwerte bedeute allerdings nicht, dass keine Schadstoffe mehr im Wasser drinnen seien. Diese seien noch vorhanden, nur eben in einer geringeren Menge. Ein Frühwarnsystem zur Kontrolle erachte man als sinnvoll. Die Abgeordnete stellte einen **Antrag** betreffend „NEIN zur Abfallbehandlungsanlage Theresienfeld“.

Abgeordneter Josef Wiesinger (SP) führte aus, dass es ursprünglich zwei Anträge gegeben habe, die in einen §34-Antrag mündeten. Dieser gehe allerdings zu wenig weit, wodurch man die beiden ursprünglichen Anträge als Resolutionsanträge einbringe. Er sagte, notwendig seien ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln mit Nervengift, klare Vorgaben für die Anwendung von Pestiziden und klare Vorgaben zur Einschränkung des monokulturellen Anbaus. Sauberes Trinkwasser sei Voraussetzung für ein gesundes Leben. Trinkwasser soll nicht aufbereitet werden, sondern aus einer Quelle oder aus sauberem Grundwasser kommen.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) meinte, die Wasserqualität im Marchfeld werde ständig besser. Die Landwirte würden sicher nicht mehr Dünger und Pestizide einbringen, als unbedingt notwendig sei. Der Bauer wolle sein Land erhalten und an seine Erben weitergeben. Landwirte seien Lebensmittelproduzenten und keine Landschaftspfleger.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) betonte, seine Fraktion werde dem vorliegenden Antrag die Zustimmung verweigern.

Abgeordneter Josef Wiesinger (SP) brachte zwei Zusatzanträge gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen betreffend „Erhalt von sauberem Trinkwasser auch für zukünftige Generationen“ und „Einschränkung der Verwendung von Pestiziden“ ein.

Abgeordneter Josef Edlinger (VP) hob hervor, dass die Themen Landwirtschaft und Umweltschutz zusammengehören würden. Alle Bauern seien interessiert, den Boden gesund, vital und fruchtbar zu erhalten. Die Bauern produzieren Lebensmittel in höchster Qualität. Sie machen Österreich dadurch versorgungssicher. Beim Kartoffelanbau habe der Drahtwurm 120.000 Tonnen Speisekartoffeln für die Lebensmittelproduktion unbrauchbar gemacht. Es müssten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine produzierende Landwirtschaft ermöglichen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP, FP und Martin Huber angenommen. Der Zusatzantrag betreffend „Abfallbehandlungsanlage Theresienfeld“ wurde einstimmig angenommen. Die zwei weiteren Zusatzanträge blieben in der Minderheit.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Hundehaltegesetzes**.

Klubobmann Udo Landbauer, MA (FP) sagte, dass es das NÖ Hundehaltegesetz seit dem Jahr 2010 als eigenständiges Gesetz gebe. Dieses Gesetz werde auf 160.000 Hunde angewendet. Ziel sei es, mehr Sicherheit beim Zusammenleben zwischen Hund und Mensch, aber auch zwischen Hunden zu ermöglichen. Im Jahr 2017 habe es 3.600 angezeigte Verletzungen durch Hundebisse gegeben.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) hielt fest, das eigentliche Problem bei der Hundehaltung sei nicht der Hund, sondern der Hundebesitzer. Die Motive für die Haltung eines Hundes seien sehr unterschiedlich. Hundeführerscheine etc. würden nur für eine „Scheinsicherheit“ sorgen, das Zauberwort heiße Eigenverantwortung.

Abgeordnete Ina Aigner (FP) brachte einige Beispiele und meinte, dass immer und zu jeder Zeit mit einem Hund etwas passieren könne. Die Meldepflicht beim Umzug in eine andere Gemeinde hätte schon längst eine Selbstverständlichkeit sein sollen. Bei der Rasseliste bestehe ein Diskussionspotenzial. Die vorliegende Novelle sei ein wichtiger Schritt für ein problemloses Zusammenleben von Mensch und Tier.

Abgeordneter Rainer Windholz MSc (SP) sagte, dieses Thema müsse im Schulunterricht und in den Kindergärten behandelt werden. Beim Hundebesitzer liege eine hohe Eigenverantwortung. Die überwiegende Mehrheit der Expertinnen und Experten würden sich gegen die Rasseliste aussprechen. In anderen Ländern seien Rasselisten wieder abgeschafft worden.

Abgeordneter Martin Schuster (VP) führte aus, dass es nicht möglich sei, dieses Gesetz „so zu gießen“, dass es allen Bevölkerungsgruppen entgegenkomme. Er kenne kaum

ein Thema, das in den Gemeinden so viele Emotionen wecke wie das Halten von Hunden. Der vorliegende Gesetzesentwurf regle jene Dinge, die für alle Rassen gleich seien. Es gebe etwa die Möglichkeit der Gemeinden Hundezonen zu definieren. Mit dem Gesetz komme es zu keiner Kriminalisierung von Hundehalterinnen und Hundehaltern. Es solle ein positiver Weg des Miteinanders gegangen werden.

Landesrat Gottfried Waldhäusl (FP) sagte, dass heute exakt vor einem Jahr der erste NÖ Hundesicherheitsgipfel hier im Landhaus stattgefunden habe. Es sei kein Zufall, dass man heute beschließe, dass man eine Änderung des NÖ Hundehaltegesetzes vornehme. Das zeige, dass der Gesetzgeber aufgrund von Vorfällen, die nicht wegzuleugnen seien, nachgedacht habe, wie man die Dinge verbessern könne. Der Gesetzesentwurf sei kein Schnellschuss gewesen – er sei gemeinsam mit Experten und vielen Betroffenen in der Thematik diskutiert und verhandelt worden. Es gebe viele verschiedene Zugänge. Man habe versucht einen Ausgleich zu finden, das sei nicht einfach, aber möglich gewesen. Man werde nicht 100prozentig verhindern können, dass es zu keinen Vorfällen mehr komme. Aber wenn man die Anzahl an Verletzungen etc. mit dem Gesetz minimiere, dann habe man einen richtigen Schritt gesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordnete Ina Aigner (FP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO betreffend **Verantwortung und Herausforderungen in der Pflege.**

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) hielt fest, dass man seitens ihrer Fraktion diesem Antrag bereits im Ausschuss zugestimmt habe und man auch hier zustimmen werde. Es gehe um die Unterstützung der Angehörigen und des sozialen Umfeldes der zu Pflegenden. Die zur Abschaffung des Pflegeregresses habe zu einer massiven Erleichterung fast aller Familien geführt. Die neuen Zahlen des Altersalmanachs zeigen, dass man in Zukunft noch mehr qualifizierte und motivierte Mitarbeiter brauche. Man könne es sich in Niederösterreich nicht leisten, dass ausgebildete hochmotivierte Mitarbeiter das Arbeitsfeld der Landeskliniken verlassen, weil es unmöglich sei Beruf und Familie zu vereinbaren.

Abgeordneter Anton Erber MBA (VP) führte aus, dass man sich dafür ausspreche, die Pflegegeldstufen 1 und 2 in der Bewertung von 65 wieder auf 60 und von 85 auf 80 Stunden zu reduzieren. Man wolle alles unternehmen, um die Betroffenen und ihre Familien zu entlasten. Niederösterreich gebe 50 Prozent des Budgets für Gesundheit und Pflege aus. Ab nächstem Jahr werde es eine Valorisierung des Pflegegeldes geben. Die 24-Stunden-Betreuung sei von der Pflege zu unterscheiden. Man sollte sich überlegen, wie man auch in Zukunft die Angebote aufrechterhalten könne. Aufgrund der Demografie werde dieses Thema uns weiterhin beschäftigen.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) betonte, die Pflege werde die Herausforderung der Zukunft sein. Hier werde sich zeigen, wie man mit den älteren und pflegebedürftigen Mitmenschen umgehe. Man dürfe nicht nur die Landespflegeheime in den Fokus zu stellen. Der Wunsch der Bevölkerung sei es, so lange wie möglich zu Hause betreut und gepflegt zu werden. Es gebe Modelle, die die Pflege kostengünstiger machten. Mit der neuen Landesgesundheitsagentur wolle man die Bereiche Gesundheit und Pflege zusammenführen, das sei grundsätzlich eine gute Idee. Er hoffe, dass die Geldmittel nicht in der Verwaltung bleiben, sondern bei der Bevölkerung ankommen.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) stellte in Bezug auf die Abschaffung des Pflegeregresses die Frage, wo das Pflegegesamt-konzept bleibe. Die Menschen seien besorgt. Verantwortung werde abgeschoben, wenn die NÖ Landesregierung an die Bundesregierung herantreten solle. Die Herausforderungen in der Pflege blieben. Das beginne bei den Pflegebedürftigen, die so lange wie möglich selbstbestimmt und in Würde leben wollen. Die Herausforderungen und Verantwortungen in der Pflege gehörten zu den wichtigsten Aufgaben in der heutigen Zeit. Man brauche ein gesamtes Pflegekonzept. Niederösterreich sollte Verantwortung zeigen und vorangehen. Niederösterreich habe schon in vielen Bereichen verantwortungsvoll gehandelt. Da sollte man auch im Pflegebereich machen und nicht Verantwortungen abschiebe. Ein **Antrag** fordert ein Pflegegesamt-konzept.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser (Grüne) sagte, ein spannendes Projekt sei auch ein Pilotprojekt in Gaming. Überhaupt sollte es in allen Bezirken Pilotprojekte geben. Die Attraktivierung des Pflegeberufes sei ein Gebot der Stunde. Probleme bereite auch die Abwanderung in den ländlichen Regionen, mehrheitlich seien es Frauen.

Abgeordneter Erich Königsberger (FP) erinnerte daran, dass seine Fraktion immer wieder Anträge zur Verbesserung der Pflege eingebracht habe. In diesem Zusammenhang übte er Kritik an der § 34-Regelung. Diese mache das „Plagiat salonfähig und sanktionsfrei“. Pflegeheime wären stark überfüllt, die Wartezeiten würden steigen. Dem wachsenden Bedarf an Pflegekräften sollte man auch dadurch decken, dass man junge Menschen für den Pflegeberuf begeistere.

In fünf Resolutionsanträgen mit seinen Fraktionskollegen fordert er:

- Lehrberuf „Pflege und Betreuung“,
- 24-Stunden-Betreuung: Neues NÖ Fördermodell für zertifizierte Qualitätsstandards
- Investitionen in den Aus- und Neubau von Pflegeheimen
- Ausbau der stationären Palliativbetreuung und
- Unsoziale Verschlechterungen beim Pflegegeldbezug in den Stufen 1 und 2 sofort aufheben.

Abgeordneter René Pfister (SP) zitierte aus einer Studie über die Zufriedenheit von Pflegekräften beim „Schweizer Modell“. Die Ergebnisse müssten „die Alarmglocken schrillen lassen“. Entscheidend sei, dass die Berufsfelder in der Pflege attraktiv gestaltet werden, vor allem, auch was die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung betreffe. Ebenso sollte die Ausbildungslücke zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr geschlossen werden.

Abgeordnete Michaela Hinterholzer (VP) sagte, die neue Bundesregierung stehe auch vor der großen Herausforderung, die Finanzierung, die Organisation und die Ausbildung der Pflege in Abstimmung mit den Bundesländern in Angriff zu nehmen. Es brauche auf jeden Fall mehr Personal. Es handle sich hier um einen anstrengenden Beruf, für den

nicht jeder geeignet sei und der unter anderem auch Empathie und Einfühlungsvermögen benötige. Wichtig sei auch, das Image der Pflege zu heben. Mitarbeiter in der Pflege wünschten sich vor allem Regelmäßigkeit. Auch sie sprach sich dafür aus, die Ausbildungslücke zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr zu schließen. Ebenso sollten Umschulungsmaßnahmen für Berufsumsteiger angeboten werden.

Abgeordneter Jürgen Handler (FP) sprach von großen Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich. Die Gesetzgebung müsse auf Bundesebene angepasst werden, um einen Kollaps zu verhindern.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP, Grünen und des fraktionslosen Abgeordneten mit Mehrheit angenommen. Sämtliche Resolutions- und Zusatzanträge blieben in der Minderheit.

Die folgenden beiden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Bernhard Heinrichsberger, MA (VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen in den Ländern Niederösterreich und Steiermark; Follow-up-Überprüfung.**
- **Verkehrsstrafen.**

Abgeordneter Rainer Windholz MSc (SP) eröffnete die Debatte: Der Bericht über die Zahlungsströme enthalte hochqualitative Schlussempfehlungen. Das Land Niederösterreich habe von sechs Empfehlungen drei vollständig und zwei zum Teil umgesetzt.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) nannte den Finanzausgleich kompliziert. Bei den Bedarfszuweisungen fehle eine klare Übersicht über die Gemeinden. Ein **Resolutionsantrag** fordert, den NÖ Gemeindeförderungsbericht neu zu gestalten. Bei den Verkehrsstrafen gehe es um 300 Millionen Euro, für Niederösterreich seien es 75 Millionen Euro. Das entspreche 100 Euro pro aktivem Führerscheinbesitzer.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) betonte, bei den Verkehrsstrafen gebe es zwischen Niederösterreich und Oberösterreich Unterschiede bis zu 315 Euro. Bei den Zahlungsströmen erhalte die Abteilung Gemeinden nicht alle erforderlichen Informationen. Die Gelder würden in Niederösterreich eher nach politischen Aspekten an die Gemeinden verteilt.

Abgeordneter Gerhard Razborcan (SP) meldete sich zu den Verkehrsstrafen zu Wort: Die Toleranz sei kein Rechtsbegriff des Verwaltungsstrafrechts. Über ihre Höhe lasse sich diskutieren, sie sollte aber jedenfalls einheitlich sein. Selbst für Experten sei die Verteilung der Straf gelder nicht nachvollziehbar.

Abgeordneter Josef Balber (VP) meinte, die Bedarfszuweisungen seien genau kontrolliert worden. Jene an die Konsolidierungsgemeinden sollten genauer geregelt werden. Die Forcierung automatisierter Verkehrskontrollen sei nicht zur Freude der Autofahrer. Die Anonymverfügungen gehörten automatisiert.

Beide Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag blieb in der Minderheit.

Die folgenden drei Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Bernhard Heinrichsberger, MA (VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **NÖ Klimafonds, Nachkontrolle.**
- **NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds.**
- **Verein Jugend und Arbeit.**

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan–Mayr (SP) ergriff als Erste das Wort: Beim Klimafonds seien von acht Empfehlungen fünf ganz und drei teilweise umgesetzt worden. Seit 2013 sei jährlich weniger ausgegeben worden als veranschlagt. Das sei positiv für das Budget, im Hinblick auf erforderliche Maßnahmen aber zu überdenken.

Abgeordneter Mag. Reinhard Teufel (FP) sagte, der landwirtschaftliche Förderfonds sei ein wertvolles Instrument in schwierigen Zeiten. Jedes Jahr gäben 2,5 Prozent der Landwirte auf. Der Tierschutz habe eine ökonomische Kehrseite, die sich viele nicht mehr leisten könnten.

Abgeordneter Josef Wiesinger (SP) nahm ebenfalls zum landwirtschaftlichen Förderfonds Stellung: Dieser finanziere sich ausschließlich aus Landesmitteln. Eine Einbindung in den Landeshaushalt sei daher anzustreben.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) informierte über den Bericht des Landesrechnungshofes betreffend des Vereins „Jugend und Arbeit“. Dabei sei eine besondere Form von Misswirtschaft „zu Tage gekommen“. Laut Rechnungshofbericht gebe es keine nachvollziehbaren Konzepte und es würden angemessene Dienstverträge fehlen. Die Landesregierung habe zugesichert, die Empfehlungen des Rechnungshofes umzusetzen.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker MA (Grüne) betonte, Politik sollte nicht nur auf Grund von Zahlen gemacht werden. Aufgabe der Politik sei auch, die Zahlen zu interpretieren. Die „Aktion 20.000“ sei eingestellt worden. Viele Menschen hätten deshalb keine Chance erhalten, in den Arbeitsmarkt einzutreten. Die Digitalisierung schreite immer weiter voran und viele Menschen würden durch den drohenden Wirtschaftsabschwung nun noch größere Probleme bekommen.

Abgeordnete Vesna Schuster (FPÖ) hob hervor, in den Jahren 2014 bis 2017 habe das Land Niederösterreich dem Verein „Jugend und Arbeit“ rund 23 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bei den Projekten seien die Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Menschen nicht immer im Vordergrund gestanden. Laut Rechnungshof konnten Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Mitteleinsatzes nicht immer verfolgt werden.

Abgeordneter René Pfister (SP) sagte, bei den Projekten vom Verein „Jugend und Arbeit“ sei es um Beschäftigungsprojekte und um die Integration von Menschen in den

Arbeitsmarkt gegangen. Das „Projekt 20.000“, das man im Verein integriert hat, habe in der Pilotregion Baden zu positiven Effekten geführt.

Abgeordneter Ing. Franz Renhofer (VP) meinte, der landwirtschaftliche Förderfonds sei wichtig für die Wertschöpfung im ländlichen Raum. Dieser Fonds verfolge die Aufgabe, landwirtschaftliche Betriebsanlagen zu gestalten, Betriebshilfe durch Zivildienstler zu organisieren. Der Verein „Jugend und Arbeit“ habe sehr viele Projekte umgesetzt. Hauptzielgruppen seien Frauen, Langzeitarbeitslose und Jugendliche. Rund 800 bis 1.000 Personen würden pro Jahr betreut. Rund 18.000 Personen hätten Unterstützung erfahren. Zur Nachkontrolle des Rechnungshofes betreffend des „NÖ Klimafonds“ hielt er fest, dass über 81 Prozent der Empfehlungen umgesetzt wurden. Seine Fraktion werde die Berichte gerne zur Kenntnis nehmen.

Alle Berichte des Rechnungshofes wurden zur Kenntnis genommen.

Die folgenden drei Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Bernhard Heinrichsberger, MA (VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Ausstattung der Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr mit Informations- und Kommunikationstechnologie, Nachkontrolle.**
- **Landeskrankenhaus Melk.**
- **NÖ Landesberufsschule Langenlois, Nachkontrolle.**

Abgeordnete Ina Aigner (FP) sagte, Ziel sei eine leistbare, flächendeckende Versorgung. Die Eigenverantwortung der Menschen für die eigene Gesundheit solle in den Kliniken mehr in den Mittelpunkt gestellt werden. Der ambulante Bereich müsse gefördert werden. Auch die internen Strukturen hätten einen Verbesserungsbedarf, wie der Bericht zeige. Niederösterreich habe ein sehr gutes System, das aber Reformschritte benötige.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) meinte, das Klinikum Melk sei das kleinste Landeskrankenhaus in der Versorgungsregion Mostviertel mit 142 systematisierten Betten. Im Gesundheitsbereich stünden die Qualität der Versorgung und die Erreichbarkeit im Vordergrund.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) hielt fest, dass im Landeskrankenhaus Melk eine gute Arbeit geleistet werde. Dieses Krankenhaus sei sehr wichtig für das südliche Waldviertel. Vor einigen Jahren seien einige Abteilungen des Krankenhauses geschlossen worden. Das Gesundheitssystem müsse von Grund auf reformiert werden.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) betonte, es gebe Effizienzpotenziale im Gesundheitswesen. Vier Landesregierungsmitglieder seien mit dem Thema Gesundheit befasst. Am Standort Melk gebe es eine zu geringe Auslastung und eine hohe Personalfuktuation. Es brauche ein Umdenken von einer Standortgarantie in zu einer Qualitätsgarantie.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) — hielt fest, die Patientinnen und Patienten würden das Klinikum Melk als überschaubar bezeichnen. Ende 2019 würden zwei der fünf Fachärzte in Pension gehen. Versorgungsauftrag und Standortgarantie müssten zusammenpassen. Die hohe Zahl an Krankenstandstagen der Mitarbeiter würde zeigen, dass das Personal am Limit sei.

Abgeordnete Vesna Schuster (FP) unterstrich, dass bei der Nachkontrolle an der Landesberufsschule Langenlois elf der 15 Empfehlungen umgesetzt worden seien. Die meisten Unternehmer hätten eine Lehre absolviert. Österreich brauche deshalb nicht nur Akademiker, sondern auch Lehrlinge.

Abgeordneter René Pfister (SP) meinte, dass die Berufsschulinfrastruktur in einigen Bereichen bereits in die Jahre gekommen sei. Das Bildungsangebot an den landwirtschaftlichen Berufsschulen in Niederösterreich sei in vielen Bereichen richtungsweisend. Das duale Ausbildungssystem zwischen Schule und Arbeitgeber funktioniere gut, Schwächen sollten aber ausgemerzt werden.

Abgeordneter Karl Moser (VP) sagte, die Landesberufsschule Langenlois sei ein Zentrum für grüne Berufe. Große Bedeutung für die Region habe auch das Landeskrankenhaus Melk. Es verfüge über 142 Betten und rund 400 Mitarbeitern, 2018 habe es rund 8.500 stationäre und über 30.000 ambulante Behandlungen gegeben. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Kliniken und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Znamjanič funktionieren gut.

Sowohl der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Ausstattung der Gruppe Raumordnung etc. als auch der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Landeskrankenhaus Melk und betreffend NÖ Landesberufsschule Langenlois wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die folgenden drei Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Josef Balber (VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung des NÖ Gentechnik-Vorsorgegesetzes.**
- **Änderung des NÖ Pflanzenschutzmittelgesetzes.**
- **Erlassung des NÖ Pflanzengesundheitsgesetzes und Aufhebung des NÖ Kulturpflanzenschutzgesetzes 1978.**

Abgeordneter Mag. Reinhard Teufel (FP) sagte, hier handle es sich um notwendige EU-Anpassungen. Seine Fraktion werde allen drei Tagesordnungspunkten zustimmen.

Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan–Mayr (SP) ist es ein Anliegen, dass alle Kontrollen EU-konform geregelt und in niederösterreichische Gesetze und Verordnungen gegossen werden.

Abgeordnete Doris Schmidl (VP) sieht in diesen Änderungen ebenfalls die Umsetzung der EU-Kontrollverordnungen. Mit 1. Jänner 2020 würden verfassungsrechtliche Zuständigkeiten auf die Länder in Bezug auf Gesetzgebung und Vollstreckung übergehen.

Die Änderung des NÖ Gentechnik-Vorsorgegesetzes, die Änderung des NÖ Pflanzenschutzmittelgesetzes und die Erlassung des NÖ Pflanzengesundheitsgesetzes und Aufhebung des NÖ Kulturpflanzenchutzgesetzes 1978 wurden einstimmig beschlossen.

Abgeordneter Alfredo Rosenmaier (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO betreffend **Maßnahmen zur Stärkung der heimischen Land- und Forstwirtschaft**.

Abgeordneter Josef Wiesinger (SP) bezeichnete als erster Redner die Familienbetriebe als das Rückgrat der heimischen Landwirtschaft. Die Lebensmittelerzeugung brauche jedoch eine Neuausrichtung. Man müsse verstärkt auf Ökologie, Qualität und Regionalität setzen. Der Bioanteil in der Landwirtschaft mache in Niederösterreich 22 Prozent aus, Niederösterreich liege damit österreichweit im unteren Bereich. Der Umstieg auf biologische Lebensmittel sollte noch mehr unterstützt werden. Er brachte mit Fraktionskollegen zwei **Zusatzanträge** ein:

- **Einleitung einer „Bio-Wende“ in der Landwirtschaft und**
- **Gentechnikfreie AMA Produkte.**

Abgeordneter Ing. Martin Huber (fraktionslos) bezeichnete den Bauer als den wichtigsten Beruf, den es auf der Welt gebe. Im Durchschnitt würden zehn Prozent des Haushaltseinkommens für Lebensmittel ausgegeben. Bauern wollen keine Bittsteller sein, sondern faire Preise. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssten unterstützt und respektiert werden. Es dürfe dabei keinen Unterschied zwischen Bio- und konventioneller Landwirtschaft geben.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) meinte, die § 34-Maschinerie sei hier „besonders dreist“. Wer das Handelsabkommen Mercosur ablehne, habe das Prinzip von Freihandelsabkommen nicht verstanden. Ein exportorientiertes Land sei auf Freihandel angewiesen.

Abgeordneter Mag. Reinhard Teufel (FP) kündigte Zustimmung zum Antrag an. Die Forderung der SP nach einer Bio-Wende würde die Lebensmittelsicherheit gefährden

und Lebens-Importe nach sich ziehen. Die FP fordere dagegen einen Stopp der Futtermittel-Importe.

Abgeordneter Ing. Manfred Schulz (VP) führte aus, Niederösterreich verfolge seit langem eine ökosoziale Agrarpolitik. 90 Prozent der Betriebe nähmen am ÖPUL teil. Niederösterreich trage damit wesentlich zum ökologischen Vorsprung vor anderen Ländern bei. Der Anteil der biologischen Betriebe betrage in Niederösterreich über 22 Prozent, diese Wirtschaftsweise sei vorbildlich. Das Handelsabkommen Mercosur mit seinen geringen Standards sei klar abzulehnen. Auf europäischer Ebene könnten Klimazölle angedacht werden.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Neos mit Mehrheit angenommen. Beide Zusatzanträge blieben in der Minderheit.

Schluss der Sitzung!